

Presseinformation

Hintergrundinformation

S.M. König Abdullah II ibn Al Hussein

Münster/Westfalen, 5. Oktober 2016. S.M. König Abdullah II ibn Al Hussein ist seit Februar 1999 König von Jordanien. Ähnlich seinem Vater, König Hussein ibn Talal, genießt er heute in der arabischen wie auch der westlichen Welt hohes Ansehen als Vermittler bei verschiedenen Konflikten. Im sogenannten Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern kommt dem Haschemitischen Königreich Jordanien, in dem zahlreiche Palästinenser leben, eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, eine gerechte Friedenslösung zu entwickeln. König Abdullah vertritt dabei entschieden die Position, dass Sicherheit und Frieden in der nahöstlichen Region ganz wesentlich gegenseitigen Willen zur Koexistenz und zum Zusammenleben zur Voraussetzung haben. König Abdullah befürchtet, dass die bereits bestehenden kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten auch Israel und Palästina erfassen und die gesamte

Vorstand:

Dr. Reinhard Zinkann

Vorsitzender

Jost Springensguth

Geschäftsführer

Pressekontakt:

Dr. Norbert Tiemann

Tel.: 0173 / 5716666

Presseinformation

Region damit in einen bisher nie dagewesenen Krieg stürzen könnten, falls nicht bald eine für alle Seiten tragbare Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern gefunden wird. In seinem Buch „Die letzte Chance – Mein Kampf für Frieden im Nahen Osten“ kritisiert König Abdullah auch Bestrebungen, die einen weiteren Waffengang gegen den Iran fordern. Für ihn ist „ein gerechter und dauerhafter Frieden eine der stärksten Waffen gegen Extremismus“.

Er plädiert aber auch für ein gemeinsames – nahöstliches wie westliches – Vorgehen gegen den aktuellen religiösen Fanatismus, mit dem der sogenannte „Islamische Staat“ ganze Regionen in Syrien und dem Irak überzieht und dem Ansehen eines moderaten und modernen Islam schweren Schaden zufügt. Herausragendes leistet das Haschemitische Königreich Jordanien als vergleichsweise kleiner Staat in der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen. Waren es zuerst die Palästinenser, die nach 1948 und 1967 hier Zuflucht suchten, kamen Hunderttausende nach dem letzten Irakkrieg, und nun werden seit 2011 über 1,5 Millionen Syrer versorgt. Jordanien, das eines der wasserärmsten Länder der Welt ist, steht damit vor enormen Herausforderungen in den kommenden Jahren. Diese zu meistern und auch die Stabilität Jordaniens zu sichern, bedarf der Unterstützung all derer, die Interesse an einer Befriedung der gesamten Region haben.

Presseinformation

König Abdullah ist selbst westlich geprägt: Er wurde an der südenglischen Militärakademie Sandhurst ausgebildet, ging in die britische Armee und studierte internationale Politik in Oxford und an der Georgetown-Universität in Washington D.C. Anschließend kehrte er als Berufsoffizier nach Jordanien zurück. Dort setzte er seine militärische Karriere fort, wurde 1994 zum Befehlshaber und schließlich 1998 zum Generalmajor befördert. 1993 heiratete er die Palästinenserin Rania Faisal Yasin, die während des Zweiten Golfkrieges aus Kuwait geflohen war. Bekannt ist Königin Rania unter anderem wegen ihres weltweiten Einsatzes für Frieden, Bildung und Toleranz. Sie verkörpert damit auch ein modernes Frauenbild in einem liberalen und weltoffenen Islam, wofür sie sich besonders einsetzt.

König Abdullah strebt die Öffnung seines Landes für ausländische Investoren an. Dazu zählen Projekte im Infrastruktur- und Energiesektor – beispielsweise Windfarmen, Solarprojekte, Wasseraufbereitung und Elektrizitätserzeugung. Neue Gesetze sorgen dabei für Transparenz und die Sicherung von Qualitätsstandards. Im Zuge des „arabischen Frühlings“ kam es auch in Jordanien zu Demonstrationen, die jedoch vergleichsweise friedlich verliefen und nicht gegen die Person des Königs gerichtet waren. Das Königshaus reagierte

Presseinformation



schnell, zeigte Verständnis und reagierte besonnen, um die Situation zu entspannen: So wurden beispielsweise die Löhne im öffentlichen Sektor erhöht. Im Zuge sogenannter „Reformen von oben“ wurde ein Verfassungsgericht eingesetzt und ein neues Wahl- und Parteiengesetz eingeführt.